
STAATS KRITIK

*“Gegen den Staat zu sein, erscheint aus
linker Perspektive kinderleicht.”*

**ERIS
LINKE EINHEIT LEIPZIG**



EINLEITUNG

Gegen den Staat zu sein, erscheint aus linker Perspektive kinderleicht. Wir müssen uns aber eingestehen, dass es nicht mehr so einfach ist den Staat zu kritisieren wie zum Zeitalter des Manchesterkapitalismus von 1780 bis 1920. Einen Staat der Kinderarbeit erlaubte, Menschen verhungern ließ und der jeglichen Widerstand, in Form von Protesten und Streiks, niedergeschossen hat, war offensichtlich dazu da die Reichen zu schützen.

Die Analyse ist heute, nach zwei weiteren industriellen Revolutionen und mehreren politischen Reformbewegungen, nicht mehr ganz so einfach formulierbar.

Nach all diesen Veränderungen ist es schwierig eine vollumfassende und geradlinige Staatskritik auszuarbeiten, ohne einseitig zu wirken und Widersprüche wegfallen zu lassen. Wir glauben aber, dass es fortwährende Probleme gibt, die der Struktur des Staates zu Grunde liegen, also durch diesen verursacht werden. Mit diesem Text wollen wir einen Input geben, der über die wirtschaftliche Kritik am Staat hinaus geht, die in Teilen der linken Szene vorherrscht.

MACHT UND HERRSCHAFT

Wir lehnen das gesamte Organisationsprinzip des Staates ab, also Macht, Autoritäten, Hierarchien und Herrschaft. Der Begriff "Macht" umfasst im Allgemeinen zwei unterschiedliche Aspekte.

Erstens bezeichnet er die Fähigkeit einer Person oder Gruppe, (materielle) Verhältnisse zu ändern, sowie auch das Denken oder Verhalten von Personen und Gruppen zu bestimmen. Macht kann also mit "Einfluss" gleich gesetzt werden. Zweitens, bedeutet der Begriff eine institutionalisierte Form von Beeinflussung, die wir mit "Herrschaft" gleichsetzen können. Macht ist nach der ersten Definition eine Begabung und Möglichkeit, die allgegenwärtig ist, auch in nicht-hierarchischen Gruppen. Macht kann sich aus verschiedenen Faktoren ergeben.

Dazu zählen Erfahrungen, Aussehen, Redegewandtheit, praktische Fähigkeiten, soziales Verhältnis zu anderen Personen oder Bildungsstand. In diesen Fällen wird von Überzeugungskraft bzw. Macht durch "soziales Kapital" gesprochen. In anti-autoritären Kreisen wird diese Form der Macht häufig als "Wissenshierarchie" kritisiert. Macht ist somit in allen Formen des menschlichen Interaktionsprozesses vorhanden und grundsätzlich unvermeidbar. Wir sind daher folgerichtig nicht für die Abschaffung von Macht, sondern machtkritisch. Denn: Die Macht von Personen, Gruppen oder ganzen Bewegungen kann ungewollt Folgen nach sich ziehen oder im schlimmsten Fall missbraucht werden.

Wenn Macht sich bei Einzelpersonen verfestigt, werden diese „Autoritäten“ genannt. Der Meinung dieser Person wird eine Sonderstellung eingeräumt und ihren Anweisungen und Kritiken wird mehr Gehör geschenkt. Im Alltag existieren viele institutionalisierte und nicht institutionalisierte Autoritäten. Es ist gerechtfertigt das Wissen von erfahrenen Menschen anzuerkennen. Hierbei handelt es sich um „Spezialautoritäten“. Nach Bakunin beispielsweise, sollte die Autorität des Maurermeisters in Sachen des Maurerhandwerks stets beachtet werden.

Gleichzeitig sollte diese Autorität aber auch nicht als unfehlbar angesehen werden, sondern immer kritisierbar sein. Folglich sind wir nicht gegen jede Macht und Autorität, stehen diesen aber immer kritisch gegenüber.

Im Gegensatz dazu sind wir aber immer gegen Hierarchien, also der strukturellen Unterordnung von Personen. Hierarchien bilden die Grundlage der Organisation unserer Gesellschaft. Sei es die Lehrer*in in der Schule, die Chef*in auf der Arbeit oder der Bulle auf der Straße. Die gesamte Gesellschaft ist ein Geflecht aus unterschiedlich aufgebauten Hierarchien. Insbesondere der Staat ist von oben nach unten, also vertikal organisiert. Hierarchien basieren auf Autorität, Gehorsamkeit und Unterordnung, ihre Strukturen sind ungemein anfällig für Willkür und Machtmissbrauch, da die Autoritäten nicht von den Untergebenen kritisiert werden dürfen.

Eine Absetzung oder Zurechtweisung der Autoritäten kann nur von Personen über ihnen passieren. In der Regel findet dies aufgrund von Unkenntnis, Sympathien oder Gleichgültigkeit der noch weiter oben stehenden Autoritäten nicht statt. Es wird dadurch auch ein weiterer Kritikpunkt offensichtlich: Entscheidungen werden in hierarchischen Verhältnissen nicht mehr von jenen gefällt, die am meisten Ahnung von den Begebenheiten haben, sondern von Außenstehenden. Autoritäten bestimmen somit oft über mehr, als ihr eigentliches Wissen und ihre Kompetenz erlaubt. Hierarchien sorgen somit für Ineffizienz, Entfremdung und Fremdbestimmung.

Der Befugnisbereich der Autoritäten ist oftmals nicht klar definiert. So kann jede Arbeitgeber*in relativ willkürlich Kleidervorschriften, Kommunikationsformen oder unsachgemäße Arbeitsanweisungen durchsetzen, auch wenn mittlerweile ein gewisses Minimum an erkämpften Reformen existiert. Man ist dem Wohlwollen von Autoritäten in einer Hierarchie oftmals schutzlos ausgeliefert. Problematisch ist auch der Vereinheitlichungscharakter von Hierarchien.

Sie verwischen durch ihren einseitigen Fokus auf Leistung, Status oder Ideologie die Unterschiede von Individuen. Hierarchien ersticken damit die menschliche Kreativität, Individualität und verhindern Eigeninitiative.

Wenn wir nun von Herrschaft sprechen, meinen wir damit einerseits Hierarchien, also die Herrschaft von einer Person über andere, sowie ein System von mehreren Hierarchien. Staatliche Herrschaft gründet sich historisch auf nackter Gewalt. Sie wäre bei freier Vereinigung, gleichem Mitspracherecht und individuellen Rückzugsmöglichkeiten nicht notwendig. Herrschaft ist damit grundsätzlich negativ.

Die Auswirkungen von Hierarchien können somit auch auf den Staat übertragen werden. Gefestigt wird Herrschaft aber in der Regel gerade nicht durch nackte Gewalt, sondern durch ihre scheinbare Alternativlosigkeit. Propaganda, Druckventile und (vermeintliche) Aufstiegschancen in kapitalistischen Staaten, sind häufiger und wirksamer als die prügelnde und tötende Gewalt der Herrschenden und ihrer Gefolgsleute.

Zur Frage der Moral und Gewalt:

In den Herrschaftssystemen der Neuzeit sind durch viele nebeneinander existierende Hierarchien und Zuständigkeiten ein fast undurchschaubares Netz von sich gegenseitig durchdringenden und konkurrierenden Institutionen und Autoritäten entstanden. Die vermeintliche Alternativlosigkeit des bestehenden Gesellschaftssystems führt zu einem derart grundlegenden Einordnungszwang, dass einzelnen Personen eine Alleinschuld an den Umständen nur schwer unterstellt werden kann.

DIE MONOPOLISIERUNG DER ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUR

Ein Staat hat bereits in seiner Gründung ausschließende, oft diskriminierende Komponenten. Für jede*n Staatsbürger*in muss es Nicht-Staatsbürger*innen geben, welche nicht die gleichen Rechte besitzen. Dieser Ausschluss setzt sich fort in der Monopolisierung der Entscheidungsstruktur. Jeder Staat muss seine Entscheidungsfindung klar regeln und regulieren. Die Monopolisierung der Rechtmäßigkeit ist daher personell und geographisch festgelegt. Es werden Orte bestimmt, an denen Entscheidungen verbindend getroffen werden, sei es der Marktplatz in der Antike oder das Parlament in der Moderne.

Es liegt somit in der Struktur dieser Monopolisierung, dass nicht alle mitentscheiden können. Selbst an den basisdemokratischen Entscheidungsfindungen auf großen Plätzen können nicht alle teilnehmen, wie Menschen im Schichtdienst oder in der Kinderbetreuung - mal ganz abgesehen von der unrealistischen Durchführung eines Plenums mit mehreren 1000 Teilnehmer*innen.

Es wird durch diese Zentralisierung der Entscheidungsfindung somit eine erneute Spaltung zwischen den Staatsbürger*innen hergestellt; zwischen denen, die entscheiden und denen die gehorchen müssen.

Der Staat sorgt damit für eine Entfremdung zwischen dem was entschieden und dem was gelebt und benötigt wird. Anstatt dass Entscheidungen von der Basis getroffen werden, werden sie von einzelnen Personen gefällt.

Durch diese zentralistischen und hierarchischen Entscheidungsstrukturen ist auch die Möglichkeit zur Einflussnahme vorhanden. Diese wird beständig von z.B. Lobbygruppen in modernen Staaten genutzt. Korruption ist damit nicht die Ausnahme, sondern die Regel in zentralisierten Staatssystemen.

DER STAAT ALS STÜTZE DER PRODUKTIONSSTRUKTUR

Der Staat ist aber mehr als nur ein Herrschaftsverhältnis oder die Summe von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen. Er ist auch die Stütze der Produktionsstruktur. Diese Form der Staatskritik setzt eine andere ökonomische Kritik voraus. Die Ausbeutung der Menschen, die ihre Arbeitskraft verkaufen ~~und~~ lohnabhängig sind.

Die Produzent*innen der Waren verfügen nicht über diese, sondern können nur ihre eigene Arbeitskraft verkaufen, gegen einen vorher festgelegten Betrag.

Dieser wird in der Regel von den Arbeitgeber*innen diktiert. Wenn auch, durch Angebot und Nachfrage, Spezialisierung, individueller Verhandlung und kollektiv erkämpften Zugeständnissen (bspw. in Form von Tariflöhnen), ein gewisser Spielraum vorhanden ist. Die produzierte Ware gehört aber trotz allem den Inhaber*innen der Betriebe, also den juristisch anerkannten Eigentümer*innen der Produktionsmittel. Die Arbeitgeber*innen können somit die Ware zu jedem Preis verkaufen, den sie selber festlegen und müssen den Arbeitnehmer*innen nur so viel zahlen, wie vorher ausgehandelt wurde. Der Großteil des Gewinnes bleibt somit bei den Arbeitgeber*innen.

Diese Gruppe hat ein Interesse an der Aufrechterhaltung dieser ökonomischen Gesetze. Somit besteht auch ein Interesse an der Bewahrung von juristischen Eigentumskategorien, welche als Grundlage für die Ausbeutung dienen. Oder um es kurz zu machen: Die Arbeitgeber*innen haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Privateigentums, insbesondere an den Produktionsmitteln.

Der Staat ist in dem Verhältnis ein Werkzeug; seine Funktion ist die Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses. Er sorgt für den Erhalt des Privateigentums und dessen, notfalls gewalttätiger, Verteidigung. Der Staat ermöglicht dadurch auch weitere Ausbeutungsverhältnisse und Ungerechtigkeiten, wie Spekulation, Umweltzerstörung, Kartellbildung oder Mietabzocke. Der Staat ist hierbei aber nicht nur ein juristisches passives Geflecht, sondern hat auch selbst ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Produktionsstruktur.

Er benötigt Geld zum Funktionieren, also zur Bezahlung von Beamten*innen und zur Instandhaltung von Infrastruktur, hierfür werden Steuern genutzt. Insbesondere in den westlichen Staaten hat sich ein Denken durchgesetzt, dass der Staat zusätzlich ein gewisses Maß an Infrastruktur und öffentlicher Ordnung gewährleisten soll, aus sittlichem Anstand und zur Erhöhung der Produktivität.

Um also unablässig Steuern zu generieren, ist eine funktionierende Wirtschaft für den Staat überlebensnotwendig. Die Produktion und der Warenfluss, also der Austausch von Waren gegen Geld, darf somit nicht unterbrochen werden.

Zusätzlich muss der Staat aufgrund der Konkurrenz zu anderen (Industrie-)Nationen für einen wirtschaftlichen Standortvorteil sorgen. Ein reibungsloses Funktionieren und Expandieren der Wirtschaft ist für ihn somit unerlässlich.

Der Staat muss somit immer, allein für seine Existenz, für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion und Konsumption sorgen.

Auch wenn dafür notfalls gewaltsam gegen widerständige Menschen vorgegangen werden muss, beispielsweise bei wilden (nicht angemeldeten) Streiks und Plünderungen.

Es gibt auch ideologische Gründe aus denen der Staat die Wirtschaft stützt und Gelder generieren will: beispielsweise zur Feier der Nation, für militärische Aufrüstung oder um soziale Projekte durchzusetzen. Kompliziert wird es Kritik zu üben, wenn sozialdemokratisch, gemeinnützig oder ökologisch denkende Parteien im Staatsdienst sind. Ihnen ist es besonders wichtig Gelder zu generieren, um ihre (vermeintlich) wohltätigen Projekte und Ideen zu finanzieren.

Eine besondere Stellung in der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Maschinerie besitzen Strafen und Disziplin. Sie werden benutzt, um Menschen in die Produktionsstruktur einzugliedern, also zu arbeitenden Mitgliedern* der Ökonomie zu machen oder um die Produktivität zu steigern. Die konsequente Durchsetzung von Normen und Regeln, wurde in allen Bereichen eingeführt, um individuelle Leistung zu erhöhen mittels Autoritäten, Prüfungen und Sanktionen.

Der Produktionsapparat könnte ohne die Disziplinierung, Klassifizierung, Qualifizierung und Normierung von Menschen, durch den Staat und seinen Institutionen, wie den Bildungsinstituten, nicht existieren. Die bürgerliche Gesellschaft konnte somit nur durch die Disziplinargesellschaft entstehen. Produziert werden kann nur wo überwacht und bestraft wird.

STRAFE UND DISZIPLIN

Dieser Abschnitt ist eine Kritik der aufgezwungenen Disziplinierung und behandelt daher nicht die positiven Aspekte von (individueller oder freiwilliger) Disziplin. Das Konzept der Strafe war in hierarchischen Gesellschaften schon immer ein bewusstes Mittel der Herrschenden zur Aufrechterhaltung und Visualisierung ihrer Macht. Strafe diente damals wie heute zur Erhaltung des Rechts, also der Macht des Staates. Egal ob diese nun göttlich-monarchisch oder durch einen angeblichen Gesellschaftsvertrag begründet ist. Strafen war und ist damit immer noch ein politisches Ritual.

In der Moderne sind die Pranger und Galgen größtenteils verschwunden. Strafe als öffentliche Demütigung hat den Alltag verlassen. Sie ist unsichtbar, unausweichlich und wird von der Allgemeinheit nur noch als "notwendiges Übel" angesehen. (Auch wenn sie in geringerer Form wie in Gerichtsprozessen zur Inszenierung von Macht und Demütigung der An geklagten noch vorhanden ist.) Das Strafsystem wird aktuell durch die Idee der Besserung, durch Gewohnheit und Selbstreflexion, beherrscht.

Umgesetzt wird dies durch Zwangsarbeit, Routine und Einzelhaft. Mit der Idee der Besserung ist auch die Idee der Disziplin aus den Klöstern in die Armeen, Fabriken, Gefängnisse und Schulen eingezogen.

Foucault versteht Disziplin als Konzept einer Befehlskette, welche ohne Erklärung, individuelle Weigerung oder Schuldfähigkeit funktioniert. Selbstständiges Denken soll abtrainiert werden und an dessen Stelle soll Gehorsamkeit, Leistung und Konformität treten.

Es werden seitdem Räume zu Disziplinar-zwecken genutzt und umgestaltet. Mittels Vereinzeln, Abschottung, baulicher Trennung und zellenförmigen Räumen soll die individuelle Überwachung hergestellt und Gruppenbildung verhindert werden, sei es in der Schule, im Großraumbüro oder der Fabrik. Auch die Zeit wird als Disziplinarmethode, zur Durchstrukturierung einzelner Tätigkeiten und ganzer Tagesabläufe genutzt, beispielsweise in Marschkolonien, Fließbandarbeit und Unterrichtseinheiten.

Die Idee der Besserung (durch Disziplin), mit der "Seele" und Psyche der Straftäter*innen als Zielscheibe, führte zudem zur verstärkten Entmündigung von Individuen, durch Psychiatrien, Gutachten und der Forensik. In der Moderne entstehen dadurch auch die ersten Gefängnisse. Die Idee der räumlichen Separierung, präzisen Zeiteinteilung, Disziplinierung und Überwachung findet in den Institutionen ihren Höhepunkt. Das Individuum soll durch Gewohnheiten, Regeln, Ordnung und Autoritäten zum gehorsamen Subjekt werden. Gefängnisse sind durch permanente Überwachung und Isolierung die entfremdetsten Orte der Gesellschaft.

In ihnen gilt sogar unterbezahlte Arbeit nicht als Strafe, sondern als Privileg (welches auch wieder entzogen werden kann). In Gefängnissen kann man die Probleme von Hierarchien und Herrschaft tagtäglich erkennen. Machtmissbrauch ist allgegenwärtig, zum Beispiel durch die Willkür, Korruption und Gewalt von Wärter*innen und der Verwaltung. Dass Gefängnisse nicht zu weniger, sondern durch Traumatisierung, Stigmatisierung, Perspektivlosigkeit und Vernetzung von Kriminellen, zu mehr Kriminalität führen, ist heutzutage kein Geheimnis mehr.

Die Idee von Überwachung, Disziplinierung und Strafe beherrscht heutzutage die gesamte Gesellschaft. Offensichtliche Symptome sind Polizeikontrollen, Passpflichten, Aufenthaltsverbote oder Telefonabhörungen. Aber auch jede gesellschaftliche Institution besitzt heutzutage ein kleines Disziplinarsystem mit eigenen Normen, Gesetzen, Gerichtsinstanzen und Sanktionsformen. So gibt es beispielsweise in jedem Berufsfeld eigene Vorschriften zu Umgangsformen, Kleidung oder Freizeitgestaltung. Die Gesellschaft ist somit geprägt von vielen kleinen Subjustizsystemen. Diese sind nicht auf Verbrechen ausgerichtet, sondern dienen zur Aufrechterhaltung von Konformität und Produktivität.

Das gesamte Disziplinar- und Strafsystem ist darauf ausgerichtet zu vergleichen, zu differenzieren, zu hierarchisieren, zu homogenisieren oder ausschließen, um zu normen, zu normieren und zu normalisieren. Die Gesellschaft ist damit keine absolute Hierarchie mit einem Monarchen an der Spitze. Vielmehr durchziehen mehrere Hierarchien die gesamte Gesellschaft, teilweise überschneiden oder widersprechen sich Befugnisse, Weisungswege oder Kompetenzen.

DER BÜRGERLICHE STAAT

Der aktuelle bürgerliche Staat unterdrückt uns immernoch - nur halt subtiler. Wir leben immernoch in einer hierarchisierten Disziplinargesellschaft mit monopolisierten Entscheidungsstrukturen und staatlich geschützter Ausbeutung. Wir können nur in einem begrenzten Rahmen selbst über unser Leben bestimmen. Lediglich alle paar Jahre darf eine Stimme abgegeben werden, um wie in einer Lotterie zu hoffen, dass unsere gewählten Herrscher*innen für uns die richtigen Entscheidungen treffen.

Das System ist Entfremdung auf höchster Stufe. Die Entscheidungen werden immer von anderen über unsere Köpfe hinweg im Parlament getroffen. Sei es von unseren Lehrer*innen, Arbeitgeber*innen, Polizist*innen oder Vermieter*innen. Dem sind wir ausgeliefert und können höchstens wählen welche Vermieter*innen oder Arbeitgeber*innen uns ausbeuten. Statt kollektiver Selbstverwaltung und Dezentralität haben wir Lobbyismus, Willkür und die Kreierung von permanenten Ausnahmezuständen.

Eine große Problematik ist, dass das aktuelle System immer noch eine hohe Anziehungskraft hat. Aufgrund moralischer Sozialisation kommt die Zustimmung zum Staat wie selbstverständlich aus der Gesellschaft selbst. Wir müssen uns klar machen, dass die meisten Menschen noch für das System sind, auch wenn viele bereits Kritik an einzelnen autoritären, staatlichen Maßnahmen oder "Versagen" von staatlicher Organisation haben.

Die angebliche Alternativlosigkeit des Systems übt auf die meisten Menschen die größte Integrationskraft aus.

ANSTELLE EINES FAZITS

Unsere Staatskritik ist nicht wirklich neu, sondern zunächst lediglich eine Systematisierung verschiedener linker Theorien. Es ist mehr eine Zusammenfassung, anstelle eines neuen Entwurfs. Der Text soll damit kein Ende sein, sondern vielmehr die weitere Beschäftigung der Linken mit unterschiedlichen Staats- und Herrschaftskritiken anstoßen. Wir freuen uns, wenn weitere Texte von Personen und Gruppen mit Kritiken, Verbesserungen und Ergänzungen oder gänzlich neue Analysen erscheinen.

STAATS KRITIK

Mail: *eris.leipzig@systemli.org*

Blog: *eris.noblogs.org*

Instagram: *eris.leipzig*



Eris - Linke Einheit Leipzig